Rat und Verwaltung

Rat und Verwaltung: Nutzung Seeferienheim und Inselhospiz ungewiss, Feuerwehrhaus steht

Beigetragen von S.Erdmann am 04. Jul 2024 - 12:03 Uhr

Bürgermeister Dr. Tjark Goerges informierte auf der letzten Ratssitzung, die am Dienstagabend im Dorfgemeinschaftshaus stattfand, über den Sachstand „Seeferienheim“. Nach einem Interessenbekundungsverfahren und weiteren Gesprächen sei nun nur noch ein Interessent für das Objekt übrig geblieben. Dieser wolle demnächst zur Insel kommen, um sich die Technik und Substanz der Gebäude anzusehen.

Bereits in der Einwohnerfragestunden wurde das „Inselhospiz“, dass die letzte Zeit auch „Inselhaus Vielfalt“ genannt wurde, angesprochen. Der Vertreter der Presse zeigte sich erschüttert darüber, wie ungepflegt es rund um das Gebäude aussah, er befürchtet, dass sich hier neben dem „Seeferienheim“ eine zweite leerstehende Ruine entwickeln könnte. Der Verwaltungschef bestätigte den Eindruck, von der Lippischen Landeskirche habe er bereits gehört, dass dort die ersten Dinge bereits kaputt sind und man von dort aus nun tätig werden will. Das Interessenbekundungsverfahren für das Objekt habe bei der Gemeinde keinen Bewerber hervorgebracht. Goerges wisse allerdings im Moment nicht, welche Aktivitäten in dieser Richtung vonseiten der Lippischen Landeskirche unternommen wurden und was dort Sachstand sei.

Um ein weiteres Interessensbekundungsverfahren ging es auch in der Sitzung, als der Punkt Umnutzung des derzeitigen Feuerwehrgerätehauses aufgerufen wurde. Der Beschlussvorschlag sah vor, ein solches Verfahren einzuleiten, was innerhalb von sechs Wochen abgeschlossen sein sollte, damit alle Vereine, Gruppen, Institutionen oder Personen die Möglichkeit hätten, ihre Ideen einzubringen, was mit den Räumlichkeiten passieren soll, wenn die Feuerwehr (hoffentlich) im Frühjahr 2025 ins Zwischendeichgelände umgezogen ist. Damit sei ein offener und transparenter Prozess zur Umnutzung des alten Hauses gesichert, hieß es in der Stellungnahme der Verwaltung.

Allerdings liegt bereits ein Antrag auf eine Nutzung als Indoor-Spielplatz von der CDU vor. Wie Ratsherr Gerhard Jacobs (CDU) auf Nachfrage von JNN mitteilte, beinhaltete der eigentliche Antrag ausschließlich den Spielplatz, im Laufe der Ratsgespräche kamen aber noch eine kleine Gastronomie und ein kleiner Waschsalon dazu. Dieses sollte in die ehemaligen Räumlichkeiten vom DRK, die derzeit ebenfalls von der Feuerwehr genutzt werden.

Ebenso soll der Verein Kinner un Lü e.V. einen Antrag auf so einen Spielplatz gestellt haben, womit beide Anträge auch miteinander vereinbar seien. „Auch der DEHOGA, die Juist-Stiftung und der Einzelhandelsverband stimmen für den CDU-Vorschlag,“ so Ratsfrau Kornelia Rippe (CDU), daher wollte man das nun angestrebte Interessensbekundungsverfahren ablehnen. Auch Gerhard Jacobs war der Meinung, dass die Ratsgespräche – die grundsätzlich nichtöffentlich sind - bereits eine Mehrheit für das Indoor-Projekt ergaben, weshalb er den Beschlussvorschlag hier auch ablehnen würde. Heike Heiken (Grüne) wollte indes niemanden außen vor lassen und sprach sich für das Verfahren der Verwaltung aus, und auch Frank Endelmann (Pro Juist) würde gerne noch andere Vorschläge hören: „Am Ende entscheidet der Rat, aber ich hätte gerne vorher gewußt, ob es noch andere Vorschläge gibt.“ Björn Westermann (Pro Juist) ist das Gebäude, d.h. die bisherige Fahrzeughalle zu klein für einen Indoor-Spielplatz: „Besser als nix, wir tun uns da keinen Gefallen mit“. Allerdings zeigte er wenig Interesse an anderen Ideen und Anregungen und übte bei der Frage nach der Durchführung des Verfahrens zur Findung anderer Lösungen Stimmenthaltung.

Die Abstimmung ergab schließlich fünf Ja- und fünf Neinstimmen bei der schon erwähnten Enthaltung. Mit Verwunderung stellen die wenigen Zuhörer fest, dass niemand von der Verwaltung anwesend war, der nun genau sagen konnte, ob der Beschlussvorschlag damit angenommen oder abgelehnt war. Ratsvorsitzender Westermann nannte es „schlimm, dass sich so etwas hier nicht klären lässt.“ Lediglich das dienstälteste Ratsmitglied und langjähriger Ratsvorsitzender Frank Endelmann war sich sicher, dass der Antrag abgelehnt wurde. JNN fragte daher am nächsten Tag im Rathaus bei Sabine Weers, der Leiterin vom Hauptamt der Gemeinde, die bei der Sitzung nicht dabei war, sicherheitshalber nach: „Stimmengleichheit heißt keine Mehrheit für den Antrag, er ist damit abgelehnt, es gibt kein Interessenbekundungsverfahren.“

TEXT UND FOTO: STEFAN ERDMANN

Siehe zu diesem Thema auch unseren Kommentar „Demokratie und Transparenz – Fehlanzeige“, den sie auf der Startseite unter diesem Beitrag finden.

Article pictures

